

## **Kucharowits/Spindelberger: Armutsbekämpfung muss oberste Priorität haben**

Utl.: Mehr Sach- statt Geldleistungen sowie verbesserte  
Bildungsangebote und Aufhebung der Selbstbehalte gefordert =

Wien (OTS/SK) - Rund 124.000 Kinder und Jugendliche leben in Österreich in manifester Armut. Weitere etwa 150.000 sind von Armut bedroht. Damit gehen auch gesundheitliche Gefährdungen einher. "Denn von Armut betroffene Kinder und Jugendliche leiden häufiger an Kopfschmerzen, Nervosität oder Schlafstörungen. Auch als Erwachsene sind sie häufiger von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder psychischen Krankheiten betroffen, als Menschen, die nicht in Armut leben müssen oder davon bedroht sind. Investition in die Gesundheit und die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen ist also auch eine Investition in gesunde Erwachsene", betonen die SPÖ-Abgeordneten Katharina Kucharowits und Erwin Spindelberger nach der heutigen Präsentation des sechsten Berichts zur Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich 2015, der sich in diesem Jahr speziell mit dem Thema Armut und Gesundheit auseinandersetzt.\*\*\*\*

"Nicht nur Bildung, sondern auch Gesundheit wird vererbt", weist der SPÖ-Gesundheitssprecher Spindelberger auf die Brisanz des Themas hin. "Eine schwierige soziale Situation darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche von der bestmöglichen gesundheitlichen Unterstützung auszuschließen. Wir müssen darüber nachdenken, mehr Sach- statt Geldleistungen anzubieten, etwa durch das Zur-Verfügung-Stellen von gratis Heil- und Hilfsmitteln für armutsgefährdete Menschen bis hin zu kostenfreien Bildungsangeboten. Man muss sich der dramatischen Situation stellen und darf vor der großen Anzahl an Kindern, die akut armutsgefährdet sind, nicht die Augen verschließen", so Spindelberger.

Die SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Kucharowits betont, dass es darum gehe, die gesamte soziale Situation stärker zu beachten. "Die häufigeren Krankheiten kommen unter anderem dadurch, dass Menschen, die einem Armutsrisko ausgesetzt sind, etwa öfter in unzureichend beheizten Wohnungen leben müssen. Wir müssen dagegen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen", so Kucharowits. Sie fordert einen Ausbau der Therapie-Plätze für Kinder- und Jugendliche und vor allem auch die Aufhebung des Selbstbehalts bei Aufenthalten in Krankenhäusern für junge Menschen. "Zusätzlich zu der bereits schwierigen

persönlichen Situation, wenn sich Kinder in ein Krankenhaus begeben müssen, kommen auch noch die finanziellen Kosten hinzu. Hier müssen die Länder über ihren Schatten springen, damit es nun bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen zu einer Einigung im Sinne der jungen PatientInnen kommt", betont Kucharowits. (Schluss) up/ms

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien  
01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0140 2015-04-08/15:11

081511 Apr 15

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20150408\\_OTS0140](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150408_OTS0140)